

Druckbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Goldpfennig

50 Milliarden

Freitag

25. Juli 1924

Verlag und Anzeigenvermittlung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Dornbrats-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2300-2307

Die Aufwertung als neuer Raubzug.

Die Entlarvung der deutschnationalen Demagogie.

Vor dem Aufwertungsausschuß des Reichstages erschienen am Freitag vormittag die Vertreter der an der Aufwertungsfrage interessierten Organisationen. Einer der großen Sitzungssäle des Reichstages war überfüllt, zumal auch zahlreiche Regierungsvorsteher und Abgeordnete den Verhandlungen beiwohnten.

Zuerst ergriffen die Vertreter der Hypothekengläubiger und Sparereorganisationen das Wort, und zwar Herr Seiffert und Prof. Rothmann. Sie setzten in allgemeinen Darlegungen auseinander, daß die Aufwertung notwendig und möglich sei. Das beziehe sich sowohl auf private Geldforderungen, als auch auf öffentliche Schulden. Ueber die Höhe der Aufwertung äußerten sie sich nicht, doch betonten sie, daß die Aufwertung Vorbedingung sei für die Wiederherstellung des Vertrauens in der Wirtschaft, der Beibehaltung des Sparplans und der Möglichkeit der Kreditgewährung. Eine neue Inflation sei von der Aufwertung nicht zu erwarten, ebensowenig eine übermäßige Belastung der privaten Wirtschaft oder der öffentlichen Körperschaften.

Hatten die Haren Darlegungen dieser beiden Herren, an die sich eine kurze Fragestellung durch Mitglieder des Ausschusses angeschlossen, keine wesentlichen neuen Gesichtspunkte gebracht, so waren die Ausführungen des Vertreters der Industrie, des Großhandels und der Banken, noch mehr aber die Ausführungen des Vertreters des Reichslandbundes von allerschwerster Bedeutung.

Für den Reichsverband der Industrie, für den Zentralverband des deutschen Großhandels und für den Zentralverband der Banken sprach Herr Fromm, ein rheinischer Großindustrieller, zugleich führendes Mitglied der Deutschnationalen. In seinen einleitenden Bemerkungen erzählte er, daß er bereits nach einer Besprechung Anfang 1923 mit dem verstorbenen Reichsbankpräsidenten Havenstein geäußert habe, daß bei dessen Festhaltung an der Papiermark „nichts anderes eintreten könne als der völlige Zusammenbruch der deutschen Währung“. Fromm sprach sich sodann gegen die Aufwertung aus.

Jede Aufwertung sei neue Inflation.

Geschehenes sei nicht ungeschehen zu machen. Wirtschaftlich Tote können nicht durch Gesetz lebendig werden, die andere töten. Wenn gleichzeitig mit der neuen Belastung Deutschlands durch die Reparationsverpflichtungen noch eine andere Belastung der Wirtschaft einhergehe, dann sei das Scheitern der gesamten Wirtschaft gewiß. An der dritten Steuernotverordnung dürfe nichts geändert werden. Es müsse endlich Klarheit erfolgen, denn die dauernde Unsicherheit führe nur zu der gefährlichsten Spekulation.

Auf einige Fragen des Genossen Hilferding und des Abg. Dernburg (Dem.) sagte Fromm hinzu, daß die Aufstellung von Gottschälzen überhaupt erst nach endgültiger Regelung der Aufwertungsfrage möglich sei. Vorher sei auch die so dringende notwendige Kreditbeschaffung nicht zu ermöglichen. Das habe zur Folge, daß Betriebsbeschränkungen unvermeidlich werden, die Steuererleichterung finde und die zu zahlenden Steuern aus der Vermögenssubstanz genommen werden müßten.

Sodann legte

Graf Kalkreuth (deutschnational), der Vorsitzende des Reichslandbundes,

die Auffassung der Landwirtschaft zur Aufwertung dar. Er betonte, die Aufwertung wäre wertvoll mit Rücksicht auf die Stimmung im Auslande und im Inlande. Doch sei auch zu bedenken, daß die baldige endgültige Regelung der Aufwertungsfrage die Voraus-

setzung sei für befriedigende Regelung des Kreditwesens. Gegenüber der Behauptung des Vertreters der Hypothekengläubiger bestritt er, daß die Landwirtschaft ihre Substanz erhalten habe. Der Grund und Boden sei der Landwirtschaft zwar geblieben, sie habe aber nicht denselben Ertrag, sondern sogar einen Minusertrag. Wenn die Ertragsfähigkeit des deutschen Bodens durch gesetzliche Maßnahmen auf den früheren Stand gehoben werde, dann sei eine Aufwertung möglich. Nach der Auffassung der Landwirtschaft aber müsse mit der Aufwertung der öffentlichen Anleihen begonnen werden und nicht mit den Hypotheken, wie es meistens verlangt werde. Ohne Aufwertung der Kriegsanleihen sei auch eine Aufwertung der Hypotheken unmöglich.

Wenn der Staat nicht aufwerke, könne auch die Landwirtschaft nicht aufwerten.

Auch an diese Darlegungen schloß sich eine Fragestellung durch Mitglieder des Ausschusses. Genosse Hilferding fragte, ob er Graf Kalkreuth richtig verstanden habe, daß die Landwirtschaft zur Aufwertung bereit sei, wenn sie zuvor 1. durch die Einführung von Schutzzöllen und 2. durch die Aufwertung der öffentlichen Anleihen, also durch Lasten der Allgemeinheit die Mittel dafür erhalten habe. Abg. Dernburg fragte, ob die Voraussetzung für die Bereitschaft der Landwirtschaft 1. die Wiederherstellung des Friedensvertrages und 2. die Bildung ausreichenden Reichkapitals sei. Abg. Reichert (Dnat.) fragte, ob nicht auch die Ermäßigung der Frachtsätze und der Umsatzsteuer Voraussetzungen für die Aufwertung darstellten!

In seiner Antwort betonte Graf Kalkreuth mit größter Deutlichkeit, daß die Landwirtschaft nur aufwerten könne unter der Voraussetzung, daß ihre zur Behebung der landwirtschaftlichen Notlage gestellten Forderungen 1. auf Einführung der Schutzzölle, 2. auf Ermäßigung der Steuerlasten, 3. auf Ermäßigung der Frachtsätze, 4. auf Gewährung ausreichenden Kredits voll erfüllt werden. Aber auch dann sei die Aufwertung erst möglich, wenn 5. zuvor die öffentlichen Anleihen aufgewertet seien, so daß die Landwirtschaft wieder zu ihrem eigenen Betriebskapital gekommen ist.

Werden diese Voraussetzungen nicht erfüllt, so ist eine Aufwertung gänzlich ausgeschlossen.

So hat denn bereits die erste Sitzung des Aufwertungsausschusses zu einer völligen Entlarvung der deutschnationalen Demagogie geführt. Die deutschnationalen Parteibonzen haben seit vielen Monaten mit der Aufwertungsfrage ein agitatorisches Spiel getrieben. Sie haben immer versichert, die Deutschnationalen seien für die Aufwertung und würden sie sofort durchführen, wenn sie die Macht dazu hätten. Die erste Gelegenheit aber, wo die hinter ihnen stehenden Kreise, auf die sie ihre Macht stützen, gezwungen wurden, zur Aufwertungsfrage klare Stellung zu nehmen, haben deutschnationalen Industrielle und Agrarier keinen Zweifel darangelassen, daß sie gegen die Aufwertung sind. Das zynische Bekenntnis des Grafen Kalkreuth, die Landwirtschaft sei für die Aufwertung, wenn ihr zuvor von der Allgemeinheit die Gelder dafür geliefert werden, wird nicht verfehlen, einen Sturm der Entrüstung gerade bei den Opfern der Inflation hervorzurufen. Denn sie, die am Verhungern sind, sollen erst neue Lasten übernehmen, damit später ein kleiner Teil dieser neuen Lasten als Almosen in ihre Taschen zurückfließt!

alles ablehne, was die sogenannte bewaffnete Macht betraf. Abg. Ramm (Dnat.) verteidigt die Ausschlußbeschlüsse. Abg. Schmidt-Hannover (Dnat.) behauptet in ausfälligster Weise, daß der Abg. Lübbring (Soz.) in der gestrigen Reichstagsitzung alle Offiziere der Reichswehr und der Schutzpolizei als Lumpen beschimpft habe, und dieser Lübbring sei

noch immer Polizeipräsident.

Es sei vor den Sozialdemokraten sehr unklug, die Offiziere zu beschimpfen, jetzt, wo sie selbst das Reichsbanner „Schwarzrotgold“ militärisch aufzögen. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Lübbring (Soz.): Ich habe gestern lediglich gegen den Abg. Ahlemann (Ratsoz.), der hier unkenen Genossen Breitscheid in gemeinster Weise verleumbete und trotz Widerlegung keine Bescheidungigung des Landesverrats gegen Breitscheid nicht zurücknahm, sondern sich selbst drückte, gesagt, solche Offiziere wie dieser Herr Ahlemann sind Lumpen. (Verschiedene Deutschnationalen und Nationalsozialisten beschimpfen den Abg. Lübbring schreiend als Lügner und stoßen noch andere Beschimpfungen hervor. Es entsteht großer Lärm, zumal die Kommunisten dem Präsidenten zuzurufen, daß, wenn sie sich so benähmen, sie schon längst ausgeschlossen wären.)

Präsident Wallraf, der erst nach längerem Räufen und nach wiederholtem Appell an das Haus selbst zu Worte kommen kann, sagt: Das Land liegt in finsterner Not, das Volk kann von seinen Vertretern verlangen, daß sie ihre Meinungsverschiedenheiten in anständiger Form austragen. Ich habe wiederholt darauf hingewiesen, daß ich die Geschäftsordnung nötigenfalls mit aller Schärfe anzuwenden werde und zwar gleichwohl gegen welche Partei. Ich wiederhole das nochmals.

Die Aussprache ist beendet, die Ausschlußbeschlüsse werden unter Ablehnung kommunistischer Anträge in zweiter und dritter Lesung verabschiedet.

Darauf wird die sozialpolitische Debatte wieder aufgenommen und bei Schluß des Blattes ergreift das Wort zu längeren Ausführungen Abg. Brey (Soz.).

Ehrlich oder unecht?

Die Kernfrage der Londoner Verhandlungen.

Der Einspruch der anglo-amerikanischen Finanzwelt gegen das im ersten Ausschuß der Londoner Konferenz mühsam zu recht gezimmerte Kompromiß über die Frage künftiger Sanktionen bei etwaigen vorläufigen deutschen Verfehlungen hat die ganze Konferenz in eine Sackgasse gebracht, aus der, wie es scheint, bisher kein Ausweg gefunden werden konnte. Zweifellos ist sich Herriot des üblen Eindrucks bewußt, den seine bisherige Unnachgiebigkeit in England und Amerika, natürlich auch in Deutschland und nicht zuletzt im Lager seiner eigenen Anhänger in Frankreich hervorrufen muß. Aber es kann als ebenso sicher angenommen werden, daß diese Intransigenz nicht seiner eigenen Ueberzeugung, sondern mehr einer vielleicht übertriebenen Sorge vor den innerpolitischen Rückwirkungen eines Rückzuges entspringt.

Als am Mittwoch abend die zunächst bestimmten, inzwischen demontierten Meldungen über einen Absteher eintrafen, den Herriot auf drei Tage nach Paris machen wollte, um dort Rücksprache sowohl mit seinen Ministerkollegen als politischen Freunden wie auch mit seinen poincaristischen Begnern zu führen, da erinnerte man sich instinktiv an jene überstürzte Rückreise Briands aus Cannes in den ersten Januartagen 1923: damals war der französische Ministerpräsident durch die Treibereien der Anhänger Millerands und Poincarés und eines Teils seiner eigenen Mehrheit gezwungen worden, den Versammlungsort zu verlassen, um eine solche Rücksprache zu führen, aber er war dorthin nicht wieder zurückgekehrt, sondern er mußte Poincaré das Feld räumen. Die verschiedensten Anzeichen sprechen allerdings diesmal dafür, daß selbst wenn Herriot nach Paris abreisen möchte, er nicht das gleiche Schicksal wie seinerzeit Briand erleiden würde. Denn, abgesehen davon, daß die Mehrheitsverhältnisse in der Kammer viel klarer sind als 1923 und nur im Senat etwas zweifelhafter, so erscheint es fast ausgeschlossen, daß Frankreich ein neues Mal die Verantwortung für das Scheitern einer internationalen Regelung der Reparationsfragen auf sich laßt. Obwohl also die Aussichten einer Lösung der Londoner Krise ungleich günstiger sind als beim Ausbruch der Krise von Cannes, so sind indessen die Ursachen der Schwierigkeiten des französischen Premierministers genau die gleichen. Und so sehr wir es vom Standpunkt der deutschen Demokratie bedauern müssen, daß Herriot sich in London den Anschein gegeben hat, als wollte er mit der unglückseligen Politik Poincarés nicht endgültig brechen, so ungerade wäre es auf der anderen Seite, seine prekäre Lage zu verkennen, über ihn kurzerhand den Stab zu brechen und zu vergessen, daß es für ganz Europa ein Unglück wäre, wenn sich die Geschichte von Cannes wiederholte.

Die Londoner Presse scheint jedenfalls einmütig den Einspruch der Bankiers zu begrüßen und auf ihre Standhaftigkeit zu rechnen. Am treffendsten dürfte das Organ von Lloyd George, der „Daily Chronicle“, die Krise beleuchtet haben, indem es schreibt:

„Die Bankiers haben die Konferenz gezwungen, den Tatsachen ins Gesicht zu sehen und die hauptsächlichsten Fragen zu beantworten: Ist die Annahme der Dames-Politik ehrlich oder unecht? Wenn sie ehrlich ist, dann müssen die Kläubiger Deutschlands vor militärischen Abenteuern Frankreichs sicher sein. Wenn sie aber unehrlich ist, dann hätten die Bankiers ganz recht, wenn sie mit der Anleihe nichts zu tun haben wollten.“

Das ist in der Tat die Kernfrage der ganzen Londoner Verhandlungen. Und weil Herriot bisher nicht den Willen aufbringen konnte mit jenen innerpolitischen Begnern endgültig zu brechen, die die Annahme des Dames-Gutachtens unehrlich meinen, die zwar gerne die deutsche Unterchrift möglichst durch die Tat erzielen, sich aber ihrerseits vor den Verpflichtungen möglichst drücken möchten, die das Sachverständigen-Programm auch Frankreich auferlegt, deshalb ist der Einspruch der Bankiers erfolgt und die Krise in London entstanden.

Wenn man sich nun bemüht, sich in die Lage der Gegenseite, in ihre Gedankenengänge und Bedenken zu versetzen — und das ist unsere Pflicht als Sozialdemokraten und es kann uns als Deutschen obendrein nur von Nutzen sein — dann müssen wir auf einen Punkt hinweisen, der offensichtlich in der Haltung der Franzosen in London eine Rolle spielt und der insbesondere die Position Herriots gegenüber Poincaré empfindlich schwächt. Ebenso wie wir berechtigt sind die Frage aufzuwerfen, ob die französische Zustimmung zum Dames-Gutachten ehrlich ist oder unecht, ebenso ist es verständlich, wenn man sich in Frankreich genau die gleiche Frage stellt hinsichtlich der Annahme durch Deutschland.

Da steht nun leider die bedenkliche Tatsache fest, daß im Lager der Koalitionsparteien und bei gewissen Mitgliedern der Regierung selbst rastlose Kullissenarbeit im Gange ist, um wenigstens nach der Unterzeichnung der Londoner Vereinbarungen den Bürgerblock zu bilden. Bürgerblock aber heißt Bündnis zwischen Erfüllungspolitikern und Erfüllungssaboteuren, zwischen Kräften der deutsch-französischen Verständigung und Treibern zum deutsch-französischen Revanchekrieg.

Die unehrliche Rolle, die die Deutschnationalen seit jeher und insbesondere seit zwei Wochen spielen, ist um so mehr dazu angetan, die Lage Deutschlands zu erschweren, als man, angesichts der Bürgerblocktreibereien, mit ihnen immer

Und immer wieder Skandal.

Deutschnationale Klebeleien.

Präsident Wallraf eröffnet die heutige Sitzung um 1 Uhr 25 Minuten. Ein Antrag auf Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Frieth (Ratsoz.) wegen Vergehens gegen das Republikrecht geht an den Geschäftsordnungsausschuß. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Abg. v. Graefe (Ratsoz.) darauf hin, daß die Sitzungen in den letzten Tagen durchweg kein normales Ende fanden, sondern daß die Beschlüßfähigkeit des Hauses festgesetzt werden mußte. Er habe den Eindruck, daß die dann meist amtierenden Vizepräsidenten die nötige Objektivität vermissen ließen. Er bitte den Präsidenten, in diesen Stunden, wenn das Zerplännen des Hauses bevorstehe, doch selbst anwesend zu sein.

Präsident Wallraf entgegnet, daß die Vizepräsidenten durchaus objektiv ihres Amtes walten.

Abg. Rube (Ratsoz.) beantragt, das Verbot der öffentlichen „Schlesischen Volksstimme“ in Breslau sofort zu erwidern. Gajetten dürften nicht genieret werden. Einzelne Oberpräsidenten könnten ihre dienstliche Stellung nicht von der eines Parteibonzen trennen.

Abg. Roenen (Komm.) beantragt, auch das Verbot der „Niederländischen Arbeiterzeitung“ in Hannover zu besprechen.

Abg. Löbe (Soz.) weist darauf hin, daß gerade die beiden beantragenden Parteien dauernd verlangt hätten, daß man endlich zur außenpolitischen Aussprache komme. Wenn jetzt eine große Aussprache über diese Zeitungsverbote kommen würde, so würde die außenpolitische Aussprache auch heute verhindert werden.

Es wird darauf beschloffen, diese Angelegenheiten mit der Beratung des Notetats zu verbinden.

Das Gesetz über die Temperaturstufen und Wärmeinheit wird angenommen. Das Wirtschaftsabkommen mit Siam geht an den auswärtigen Ausschuß. Das Handelsübereinkommen mit Portugal gelangt zur Annahme.

Bei dem Gesetz über die Naturerleistungen für die bewaffnete Stadt im Frieden erklärt Abg. Creutzburg (Komm.), daß er

mehr als einem entscheidenden Faktor der künftigen Reichspolitik rechnen muß. Wenn die Deutschnationalen bei ihrem ursprünglichen Standpunkt der Unerfüllbarkeit des „zweiten Versailles“ geblieben, wenn infolgedessen der Bruch zwischen den Mittelparteien und ihnen endgültig gewesen wäre, dann würde Deutschlands Stellung — und auch Herrichts-Stellung — ungleich stärker gewesen sein. Das hätte zwar zur Reichstagsauflösung, aber, entsprechend dem Vorschlag des sozialdemokratischen Parteivorstandes, zur Annahme der Sachverständigenkommission durch Volksentscheid geführt, und die inner- und außenpolitischen Verhältnisse Deutschlands wären wenigstens klar gewesen.

Jetzt aber, wo die Deutschnationalen mit allen möglichen Redensarten und „Punkten“ ihren eigenen Umfall vorbereiten, ist die Lage viel weniger klar, und die Unklarheit wirkt auf die deutsche Außenpolitik belastend. Eine Befreiung kann nur dadurch herbeigeführt werden, daß man sich dazu entschließt, den Kampf für eine neue, von neuem Geist erfüllte Außenpolitik grundsätzlich zu führen und die Bahn der Kompromisse und der parlamentarischen Kuhhandel zu verlassen. Diese Bahn führt zu einer Republik, die von Monarchisten beherrscht, und zu einer Verständigungspolitik, die von Revisionisten betrieben wird. Annahme und Ausführung einer vereinbarten Reparationsregelung, also „Erfüllungspolitik“ in ihrer reinsten Form bei gleichzeitiger Rückkehr der Deutschnationalen zur Macht — das ist ein so grotesker, immerer Widerspruch, daß auf die Dauer die peinlichsten Folgen unausbleiblich sind.

Wenn die Deutschnationalen zum Schluß doch den Ausführungsgeheimen zum Sachverständigenrat zustimmen, dann werden sie zwar selber vor ihren bisherigen Anhängern bis auf die Knochen blamiert dastehen, sie werden aber zugleich auch den Beschluß, den der Reichstag mit ihrer Hilfe faßt, kompromittiert und entwertet haben. Die Regierung müßte noch rechtzeitig erkennen, daß es nicht darauf ankommt, eine parlamentarische Mehrheit zusammenzuschieben, sondern darauf, eine als richtig erkannte Politik gegen alle Widerstände durchzusetzen.

Aber kann man das von einer Regierung der bürgerlichen Mitte erwarten?

Sie unterzeichnen Versailles.

Der Schwindel des Patentnationalismus.

Von Helfferich stammt das Wort, daß die Verantwortung für die Unterzeichnung des Expertengutachtens ebenso groß sei wie die Verantwortung für die Unterzeichnung des Versailler Diktates, daß sie eine Sünde wider den Geist der nationalen Selbstbehauptung sei.

Die Deutschnationalen sind entschlossen, die Verantwortung für die Annahme der Gutachtengesehe auf sich zu nehmen. Entweder war die schöne Phrase Helfferichs unehrliche Wahlstimmungsmaße, oder die Deutschnationalen sind inzwischen so verkommen, daß sie die Sünde wider den Geist der nationalen Selbstbehauptung begehen wollen.

Wir sind überzeugt, auch Helfferich wäre mit umgefallen, wenn er nicht einem traurigen Geschick zum Opfer gefallen wäre. Wir sind überzeugt, daß er und die Deutschnationalen notfalls auch dem ersten Versailles zustimmen würden. Wir erhalten ja den schlüssigen Beweis gellestert. Nicht von uns stammt die Parallele: Sachverständigengutachten gleich Versailles. Die Deutschnationalen unterzeichnen das Sachverständigengutachten, das zweite Versailles. Sie sind dazu gewillt, dazu entschlossen, weil sie es politisch für zwingend notwendig halten. Sind zwei Größen einer dritten gleich, so sind sie untereinander gleich: die Deutschnationalen auf dem Boden von Versailles.

Arme Deutschnationalen Wähler! Sie glaubten, nun wenigstens zum Ende zu kommen, wenn auch mit Schrecken, und hofften Befreiung vom „grauenhaften Elend“ der Gutachten. Schrieb doch Herr Paul Baeder, der Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“:

„Im ganzen aber kann und muß schon heute mit allem Nachdruck gesagt werden, daß die Vorschläge der Sachverständigen wirtschaftliche Summationen an Deutschland stellen, die zum größeren Teile heller Wahnsinn sind. Daß sie nicht einmal in einer Gesamtgrenzung der Reparationen letztes Ziel und letzte Grenze zeigen, macht sie unter diesen Umständen noch unerträglicher. Wenn es deshalb in dem Schreiben des Generals Dawes heißt, die Zuschuldung dieser Vorschläge durch Deutschland würde im Endresultat das deutsche Volk in hoffnungsloses Elend verstricken, so können wir nur sagen: Ein grauenvolleres Elend als Deutschland durch die Zustimmung zu dieser wahrwichtigen Vorschlägen auf sich laden würde, ist nicht denkbar. Ihnen gegenüber kann es nur heißen: „Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.“

Nun sehen sie sich von den Deutschnationalen ebendam „Schrecken ohne Ende“ preisgegeben.

Aber die Deutschnationalen unterzeichnen. Es kommt ihnen nicht auf eine kleine und nicht auf eine große Sünde wider den Geist der nationalen Selbstbehauptung an. Sie unterzeichnen. Die Schlussfolgerung: Das besonders nationale Empfinden der Deutschnationalen — Schwindel! Der Kampf gegen Versailles — Schwindel! Die Kraftphrasen der Helfferich und Baeder — Schwindel! Deutschnationaler Politik — Schwindel!

Das Glück von 1914.

Veränderte zweite Auflage.

Während des Krieges erschien die bekannte alldeutsche Broschüre von Junius alter „Das deutsche Reich auf dem Wege zur geschichtlichen Epifode“. 1919, also nach dem Krieg, kam eine zweite Auflage heraus, in der man liest:

„Umsonst drängten Generalstabschef, Kriegsminister und die maßgebenden Marineoffiziere auf den Befehl zur Mobilisierung; es gelang ihnen zwar, den Kaiser am Donnerstag (30. Juli) von der unabweisbaren Notwendigkeit dieser Maßnahme zu überzeugen, so daß am Nachmittage Berliner Polizeibehörden und der „Volks-Anzeiger“ die Mobilisierung bereits bekanntgaben. Aber das Eingreifen Herrn von Bethmann Hollweg brachte es zuwege, die Ausführung des entscheidenden Befehls nochmals in letzter Stunde zu verstellen... Selbst nach erfolgter Mobilisierung hat Herr von Bethmann Hollweg dann noch einen letzten Versuch unternommen, die Zurücknahme des Befehls zu erwirken; aber es war nunmehr zu spät: die im kleinen Finger politisch einschlägigeren Militärs waren mit ihrem Hinweis auf die ungeheuren Gefahren jeder weiteren Verzögerung durchgedrungen.“

In einem Aufsatz in der „Blode“ macht Ed. Bernstein darauf aufmerksam, daß der Autor in der zweiten Auflage einige bezügelnde Veränderungen vorgenommen hat. In der ersten Auflage wird der Befehl zur Mobilisierung nicht einfach als der entscheidende, sondern als „der entscheidende und erlösende“ bezeichnet. In der ersten Auflage hieß es auch nicht: „Es war nunmehr zu spät, sondern: „Es war glücklicherweise zu spät.“

Das Glück, das uns die „politisch einschlägigen Militärs“ im Zusammenwirken mit ihren ausländischen Kollegen brachten, haben wir so gründlich genossen, daß man die Veränderungsbedürftigkeit der „Junius alter“-Broschüre versteht.

Flaggenkrieg.

Wozu wir Zeit haben.

Die Hakenkreuzler, deren Stern im allgemeinen im Sinken ist, suchen trotzdem noch überall mit der ihnen eigenen Frechheit die „Mitwelt“ zu terrorisieren. Vorkum ist ihr Ideal. Wenn sie „Juden raus“ brüllen können, glauben sie Deutschland schon halb gerettet. In anderen Seebädern gehen sie nicht minder frech gegen die Reichsflagge vor, aber suchen die Zeichen des Bürgerkriegs, ihr Hakenkreuz zu entfallen. So schreibt man uns aus Binz:

Nachdem, wie schon berichtet, bei letzten Sonntag ein Hüttengeist eine Dame zwecks Herunterholung ihrer Reichsflagge anpöbelte, der, wie er später zugab, in der Nacht vorher von Bismarckbündlern traktiert worden war, um den Mut, der diesen Herren zur Herbeiführung eines Skandals schloß, aufzubringen, wurde am

selben Nachmittage eine schwarzweißrote Fahne mit Hakenkreuz gehißt. Ein paar Herren vom Reichsbund jüdischer Frontsoldaten rissen die Fahne herunter, die trotzdem und trotz des Verbotes des Kurdirektors immer wieder hochgezogen wird, aber, dem Mut dieses Herren entsprechend, entweder in der Mittagsstunde oder abends um acht Uhr, wenn sich niemand am Strande aufhält. Ein wenig Angst scheinen die Herren vor dem verachteten Wegner doch zu haben.

So muß in der Welt wirklich der Eindruck entstehen, daß den Deutschen nicht zu helfen ist. Denn was kann es Widerwärtigeres geben als diesen Takt-Patriotismus lächerlicher Terroristen.

Bayerische Fronde.

München, 25. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die gegen Bayern sich wendenden Gesehntwürfe, die dem Reichstag laut Beschluß des Rechtsausschusses zur Verhandlung vorliegen: 1. Einführung des Wiederaufnahmeverfahrens gegen Urteile der bayerischen Volksgerichte, 2. Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes, 3. Aufhebung des Verbots politischer Vereine, haben in den maßgebenden Kreisen der bayerischen Regierung die größte Beunruhigung hervorgerufen. Man sieht in allen drei Gesehntwürfen eine absichtliche Fronde gegen die dem bayerischen Staat noch verbleibende Selbständigkeit, die geeignet sei, die schwersten Konflikte herbeizuführen. Im ersten und dritten Fall besteht allerdings die Auffassung, daß die Schwierigkeiten durch vorherige Fühlungnahme der Reichsinstanzen mit der bayerischen Regierung sich hätten vermeiden lassen und daß auch heute noch die Möglichkeit bestehe, die Konfliktgefahr aus dem Wege zu räumen. Dagegen stößt das Verlangen nach Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes auf allerschärfsten Widerstand. Die Regierung hebt sich aus grundsätzlichen Erwägungen heraus gelassen, unter allen Umständen auf der Wahrung der bayerischen Selbständigkeit zu bestehen.

Das wird auch durch die in diesem Falle regierungsoffizielle „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ bestätigt, die u. a. schreibt: „Befiehlt der Reichstag in diesen Tagen tatsächlich ein Gesetz, durch das der Ausnahmezustand in Bayern aufgehoben werden soll, um ihn durch den Reichsausnahmezustand zu ersetzen, so wird damit eine Lage erzeugt, die im Hinblick auf die gesamte deutsche Lage geradezu als unheilvoll bezeichnet werden muß. Für die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern von Reichswegen besteht keinerlei sachliche Berechtigung. Es handelt sich hier ausschließlich um eine Art Provokation (!) des bayerischen Selbstgeföhls (!), um einen offenen Verstoß gegen die Volksherrschaft Bayerns. Es ist selbstverständlich, daß Bayern nicht so mit sich umspringen lassen wird.“

München, 25. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz ist seit dem 1. Januar 1924 im ganzen Reich in Kraft getreten. Alle Länder haben Ausführungsbestimmungen dazu erlassen, nur Bayern nicht. Die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtages richtete deshalb eine Anfrage an die Regierung, welche Gründe für sie maßgebend waren, die Durchführung dieses Reichsgesetzes in Bayern zu verzögern, und ob die Regierung grundsätzlichen bereit ist, Ausführungsbestimmungen für die Wirksamkeit dieses Gesetzes nunmehr auch in Bayern zu erlassen.

Die Einladung an Deutschland.

London, 25. Juli. (WTB.) „Times“ zufolge wird angenommen, daß das wahrscheinliche Ergebnis der Beratungen des neuen britischen Ausschusses sein werde, daß einige der Dawes-Vorschläge als in den Rahmen des Friedensvertrages passend besunden würden, daß sich jedoch andere außerhalb des Friedensvertrages befänden. Für die Mitteilung der ersteren an Deutschland würde die Reparationskommission die geeignete ausreichende Mittel sein, für die letzteren müßten deutsche Delegierte berufen werden, um durch ihre Anwesenheit den neuen Bedingungen volle Zustimmung zu erteilen. Es besteht Grund zu der Annahme, daß die britische Regierung in Uebereinstimmung mit ihren Alliierten den Deutschen mitgeteilt habe, sich bereit zu halten, Delegierte nach London zu entsenden.

Anmerkung des WTB.: An Berliner zuständigen Stelle ist von einer solchen Mitteilung nichts bekannt.

Dalles und Armut.

Von Hans Bauer.

Reulich war ich Zeuge, wie der Besitzer einer Fabrik seinen Arbeitern mitteilte, daß er ihnen heute keine Löhne zahlen könne. Er tat das mit sehr treuerzigen Worten. Meine lieben Leute, so jagte er dem Sinne nach, es ist kein böser Wille von mir, wenn ich Euch heute nichts gebe. Ich kann nicht. Es bezahlt mich auch kein Mensch. Meine Forderungen sind uneinbringbar. Ich bin selber in größter Not. Er zog seine Brieftasche. So enthielt zwei Markscheine und ein Zehnpennigstück.

Es ist wahr: Die Geschäftskleute haben jetzt zu rechnen. Es geht ihnen in der Regel nicht gut. Von dem betreffenden Fabrikbesitzer wußte ich im besonderen, daß es ihm schwer fällt, zu balancieren, daß er den Kopf voll Sorgen hat. Und doch: Er hatte ja nur einen Dalles, während jene, die vor ihm standen, die Armut hatten.

Der Dalles verhält sich zur Armut wie ein Smoking, bei dem die Nacht aufgepflügt ist, sich zur Arbeitskutte verhält. Gemeinlich ist ihnen nur, daß man sich weder in diesem, noch in jenem Gewand auf einer Festlichkeit sehen lassen kann.

Der Dalles ist ein Gewitter — die Armut ein Sandregen. Dalles ist eine Erscheinung, Armut ein Zustand. Der Dalles äußert sich in den Büchern, die Armut im Magen. Der Dalles ist ein starker Schnupfen, die Armut eine Lungentuberkulose. Mit der Armut muß man sich vertragen, mit dem Dalles kann man prögen.

Der Dalles ist ein haraunteses Gewächs, solange er sich in Wissen über sich ergibt. Er wird ein unangenehmer Gesell, wenn er sich als die Entschuldigung des Reichtums vor der Armut aufspielt, wenn er behauptet, aus gleichem Hause zu sein wie diese, wenn er diese näher kennen will. Er hat in Wahrheit nichts mit ihr gemein. Er ahnt nicht einmal, wo diese föhlt.

Ubrigens: Nachdem jener Fabrikbesitzer mit lächelnder Resignation festgestellt hatte, daß er augenblicklich weniger Geld in seinem Vermögen habe als irgendeiner seiner Arbeiter und er damit keineswegs eine Lüge gesagt hatte, ging er mit seinen zwei Mark auch zehn Pfennigen nach Hause und tat, was die reicheren Arbeiter nicht taten, er aß ein sehr vernünftiges Abendbrot.

Es muß ja doch wohl an dem arabischen Worte etwas sein, nach dem ein armgewordener Reicher wohlhabender ist als ein reichgewordener Armer.

Kollerkühnen und Böhnergerossenschaft. Der Bezirksverband Berlin der Gesellschaft deutscher Bühnengestaltiger hat für den 28. Juli, nachmittags 8 Uhr, eine Begleit-Delegiertenversammlung im Genossenschaftsgebäude, Reichstr. 11, einberufen. Einziger Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zu dem Verhalten des Obmanns des Ortsverbandes der Rotterbühnen in der Konzeptionsangelegenheit Rotter.

Die Glocke.

Von Arthur Silbergleit.

Ein kunstbesessener, von den Hammerschlägen des Schicksals bereits oft jäh betroffener Baumeister, der wegen seiner sternenhohen Daseinsziele als halber Narr verachtet wurde, wollte den starren Mythos seines Lebens in einem Werk aus starrem Gestein in den Himmel hineindrücken.

Er stülpte daher wie eine Krone auf ein Königshaupt auf ein Dombach einen Glockenturm, dessen Kanarienscharfe die schroffe Abgeriffenheit seiner eigenen Lebenslinien nachstanzte. In das Innere dieses Gewölbes aber warf er mit dem Metall des Klappels eine hämmernde Eisenstimme, die wie ein an Ketten gebundenes Tier aufhückerisch gegen seine Sterkerwände bald rechts, bald links anrannte und anrannte, bis es in letzter ersterbender Schwingung verreckte. Fromme Seelen aber nannten das Toben des Tieres: „Die Früh- und Abendmisse.“

Wall strarrte der Turm, wechhaft, gepanzert, als wollte er gegen das Geschick antreten, in göttlicher Strenge himmelan. Dennoch müdernden Erde und Leher oft die Härte und Unabweisbarkeit seines kriegerischen Wächtertums; denn zuweilen überschwebten fromme Wollen der Gottesgnade sein Haupt, zuweilen flogen durch seine offenen Fenster weiße Tauben wie leichte Friedensboten ein und aus, und sie rauschten der gefesselten Tonklaue Sphärengefänge zu, die mit der Hallelujahkraft ihrer Erzengelchor das Loben des Glockentürs beschwichtigten.

Große Dellager in Deutschland? Die Dellunde, die im März dieses Jahres bei Gelle gemacht wurden, haben zunächst zu phantastischen Hoffnungen Anlaß gegeben, die sich dann nicht bewahrheiteten. Es ist aber durchaus möglich, daß man noch auf große Ozeanvorkommen in Norddeutschland stößt, denn unsere Oelindustrie ist noch sehr jung und tiefere Bohrungen haben noch kaum stattgefunden. Das betont G. H. Küppers-Sonnenberg in einem Aufsatz der „Amfchau“, in dem er sich mit der Geologie der Rineburger Heide beschäftigt. Del findet sich in der Heide an drei Stellen: Im Hauptproduktionsgebiet Biege-Steinförde, wo bereits an die 1000 Arbeiter beschäftigt werden, in dem Fundgebiet Hänigsen-Obershausen und dem sich südlich anschließenden Gebiet von Delheim. Auffällig ist, daß diese drei Gebiete in der Richtung der Aller liegen und das Del sich immer mit Salzvergesellschaftet findet. Zunächst ging die deutsche Oelförderung von der einfachen Nutzung des zutage getretenen Erdpechs aus. Danach wurde schon frühzeitig geklärt und geholt. Doch beschränkte man sich bis in die letzte Zeit auf die allerjüngsten geologischen Schichten, denn die Geologen wussten den deutschen Oelvorkommen keine sonderliche Bedeutung zu, und die deutsche Förderung betrug nur 2 Proz. der Weltförderung. Die neuesten geologischen Bohrversuche haben nun den Beweis erbracht, daß sich Oel in Deutschland auch in größerer Tiefe findet. Während man kaum unter 200 Meter herabgegangen war, wurde die letzte Bohrung bis auf 750 Meter getauft. Man ist bei uns vorläufig nur auf sekundäre Oelquellen gestossen, während die primären

Dellager, in denen sich erfahrungsgemäß die größten Vorräte finden, bis heute noch nicht angefahren sind. Man beschränkte sich auf Flachbohrungen, während die Stammbohrer nur durch Tiefbohrung erreichbar sind. Der Verfasser spricht daher die Vermutung aus, daß sich unter der ganzen Oberfläche der norddeutschen Tiefebene ausgedehnte Lager von Bodenschätzen finden, wenn auch in erheblicher Tiefe.

Arbeiter-Buch- und Bildausstellung in Leipzig. Gelegenheit der Kulturwoche in Leipzig vom 2. bis 6. August findet in den Refektorien am alten Theater eine Arbeiter-Buch- und Bildausstellung statt. Sie wird einen Ueberblick über das von den Arbeiter interessierende wissenschaftliche und belletristische Schrifttum geben und daneben auch eine Auswahl guter künstlerischer Wandschmucks und Hausrats bringen. Auch der sozialistische Buchhandel wird sich an dieser Ausstellung beteiligen. Die Ausstellung wird während der ganzen Kulturwoche zugänglich sein. In jedem Tage werden Führungen und orientierende Vorträge stattfinden. Eine Besichtigung der Ausstellung dürfte jedoch für alle Teilnehmer an der Leipziger Kulturwoche von Wert sein. Vor allem seien die an der Verbreitung guter Bücher und Bücher interessierten Organisationen und Buchhandlungen zur Besichtigung der Kulturwoche aufgefordert. Ebenso wird eine vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit bearbeitete Lichtbildserie „Der Arbeiter und sein Buch“, die interessante Angaben und Bilder über das Verhältnis zum Arbeiter und sein Buch bringt, auf der Leipziger Kulturwoche zum erstenmal gezeigt werden. Anmeldungen zur Kulturwoche mit näheren Angaben der Quartierwünsche sind zu richten an das Leipziger Arbeiter-Bildungs-Institut, Braustraße 17.

Eine seltene Naturerscheinung wurde am 14. Juli abends von Nämänd in den Stockholmer Schären beobachtet. Gegen 18 Uhr, unmittelbar vor Aufgang des Vollmondes und mehr als eine Stunde vor Sonnenuntergang, beobachtete man im Ostfildöfen, also gerade über der Sonne, ein Bündel von Lichtstrahlen, von denen einige sich vom Horizont bis zum Zenit erstreckten. Die Strahlen schienen in einem Punkt unter dem Horizont zusammenzuliegen und waren so lichtstark, daß sie sich noch eine ganze Zeit nach Wandaufgang am Himmel deutlich abzeichneten. Die Beobachtung erinnert an eine Erscheinung, die man häufiger von hochgelegenen Punkten, von einem Berggipfel, einem Ballon oder Luftschiff vor Sonnenuntergang beobachtet: Gerade gegenüber der Sonne, einen halbkreis von ihr entfernt und ebenso weit unter dem Horizont der Meeresoberfläche, wie die Sonne darüber steht, zeigt sich mitunter eine „Gegen Sonne“, ein Spiegelbild der wirklichen Sonne, das manchmal sogar dieselbe Lichtstärke erreicht wie sein Urbild. Wegen der Lichtbrechung in der Atmosphäre hat diese Gegen Sonne jedoch stets die Form einer Ellipse mit verhältniß langer Achse. In seltenen Fällen ist auch diese Gegen Sonne von Halosphenomenen begleitet: Nebensonnen Bogen, Kranzen, Fortbringen usw. Es erscheint daher sehr wahrscheinlich, daß die in den Schären beobachteten Lichtbogen eine gleiche Erscheinung gewesen sind; in Wirklichkeit waren sie vielleicht Ausläufer einer unter dem Horizont stehenden, für den Zuschauer unsichtbaren Gegen Sonne.

Die Verhandlungen mit Deutschland.

Paris, 25. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Nach dem „Pest Pariser“ hat Macdonald am Donnerstag im Einvernehmen mit den anderen Delegationschefs und nach Rücksprache mit den juristischen Sachverständigen eine Mitteilung an die deutsche Regierung ergaben lassen, in der diese ersucht wird, sich bereit zu halten, ihre Delegierten nach London zu entsenden. Wie der „Pest Pariser“ dazu von gutunterrichteter Seite erfahren haben will, scheint man sich in den Kreisen der Konferenz die Verhandlung mit Deutschland wie folgt zu denken: Auf Grund der den Juristen von der Konferenz gestellten Fragen haben diese die Aufgabe, genau diejenigen Punkte zu bestimmen, in denen der Dawes-Plan über die Deutschland im Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen hinausgeht. Auf diese Punkte soll die Diskussion zwischen den deutschen Delegierten und den alliierten Kabinetten beschränkt werden. In allen übrigen Fragen, insbesondere soweit sie die Art der Durchführung betreffen, soll die deutsche Regierung an die Reparationskommission vernommen werden, die aller Voraussicht nach ebenfalls in den nächsten Tagen nach London kommen wird.

Der tote Punkt noch nicht überwunden.

Paris, 25. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die zahlreichen offiziellen und inoffiziellen Aussprachen und Konferenzen, mit denen der Donnerstag in London ausgefüllt war, haben

nicht vermocht, den toten Punkt zu überwinden,

auf dem die Londoner Konferenz seit Montag angelangt ist. Die Situation wird gekennzeichnet durch die Hartnäckigkeit, mit der der Bankiers auf den von ihnen gestellten Forderungen bestehen und bisher jeden Gegenvorschlag, der ihnen nicht vollkommen gerecht wird, abgelehnt haben. Das gilt insbesondere auch von einer neuen Kompromissformel, die am Donnerstag den Gegenstand des Meinungsstausches gebildet zu haben scheint. Danach sollte als neue Garantie gegen Sonderaktionen in den Text des Vorschlags der 1. Kommission eine Bestimmung aufgenommen werden, wonach jede Regierung, die sich zur Anwendung anderer Sanktionen entschließen sollte, als sie von den zu einem besonderen Komitee vereinigten fünf ehemaligen Mitgliedern des Komitees Dawes empfohlen werden, nicht nur die Garantie für die Verzinsung der 800-Millionen-Anleihe zu übernehmen hat, sondern auch das Kapital selbst zurückzahlen muß. Auch diese Formel ist von den Bankiers abgelehnt worden mit der Begründung, daß sie

auf einer solidariischen Garantie sämtlicher Regierungen bestehen müßten.

Die einzige Möglichkeit für ein Kompromiß scheint nach wie vor die erste von Rheinisch vorgeschlagene Formel zu bilden, die an Stelle der Reparationskommission sowie der alliierten Regierungen bei der Feststellung der Verzinsungen ein fünfgliedriges Komitee setzt. Die französische Opposition dagegen scheint seit Donnerstag wesentlich geringer geworden zu sein.

Wachsende Mieterückstände.

Bei der Uebernahme der Verwaltung eines großen geschlossenen Häuserkomplexes mit rund dreihundert Mietern spielte, so schreibt uns ein sozialistischer Hausverwalter, neben meiner Existenzfrage auch die Mietsteuer (20 Proz. der Friedensmiete) schuldig bleiben mußten. Wie verhält sich nun gegenüber diesen aus der Zeitunge herausgewachsenen Zuständen der Hausbesitzer? Die braunröhrigen Eigentümer und Verwalter gehen mit Zahlungsbefehlen und Räumungsklagen vor. Damit wird doch nur erreicht, daß man wirklich Kostenden große Kosten verursacht. Geld kommt auf diese Weise zunächst nicht ein, da das Endergebnis jeder derartigen Klage sich monatlang hinzieht. Gegen böswillige Nichtzahler bleibt allerdings nur der scharfe Druck übrig. Sehen nun große Summen nicht rechtzeitig ein, so können auch die auf dem Grundstück lastenden hohen öffentlichen Abgaben nicht rechtzeitig gezahlt werden oder es werden hierfür zunächst andere Hauseinnahmen in Anspruch genommen, besonders solche, die eigentlich für Instandsetzungen bestimmt sind. Wo Besitzer oder Verwalter mit großen Restbeträgen rechnen müssen, erleidet die Ausführung von Instandsetzungen bedauerlichen Aufschub, der weitere Verfall des Hauses wird begünstigt, und damit erleiden die Interessen der Gesamtheit der Mieter Schaden. Das muß einmal ganz deutlich gesagt werden, um die maßgebenden Behörden darauf hinzuweisen, daß die gegenwärtige Gebot, von der fast alle Bevölkerungskreise erfüllt sind, eine weitere Befreiung der Mieter vom grünen Tisch aus einfach nicht zuläßt. Die Leidtragenden würden neben den Mietern, die man doch nicht zu Tausenden auf die Straße setzen kann, vor allem auch die Hausbesitzer selber sein.

Dachantennen und Hausbesitz.

Zu dem Artikel „Um die Dachantennen“ im „Vorwärts“ Nr. 337 teilt uns der Preussische Landesverband der Haus- und Grundbesitzervereine mit, daß die Hausbesitzer keineswegs Gegner des Rundfunks sind. Haben sich doch auch viele Hauseigentümer, soweit sie es pekuniär sich leisten konnten, Radioapparate zugelegt. Doch müssen wir Stellung nehmen gegen die unangemessene Anbringung von Hochantennen. Die Schornsteinfegerinnung hat sich bereits an den Polizeipräsidenten um Abhilfe gewandt, weil durch unrichtige Anbringung der Antennen des Reihens der Schornsteine oft mit Lebensgefahr verbunden ist. Deswegen müssen wir verlangen, daß derartige Anlagen nur von Sachverständigen ausgeführt werden dürfen. Wie Ihnen bekannt ist, entscheidet auch die Städtische Feuerzögler von Berlin Mißgeschick dann nicht, wenn sie durch Nichtvorhandensein der vorchriftsmäßigen Erdung bei Antennenanlagen verursacht worden sind. Da aber eine nicht vorchriftsmäßige geerdete Antenne die Mißgefahr bei den Häusern erheblich erhöht, müssen wir auch aus diesem Grunde die Zuziehung von Sachverständigen bei den Anlagen von Antennen verlangen.

Seine geliebten Mädels.

Liebesbriefe eines Heiratschwindlers.

Eine umfangreiche Liebestorrespondenz lag der ersten großen Ferienstrafkammer des Landgerichts II vor, die gestern gegen den 47-jährigen Kaufmann Theodor Koppenhagen wegen Betrugs in der Berufungsinstanz zu verhandeln hatte. Der Angeklagte, der schon mehrfach wegen ähnlicher Vergehen vorbestraft ist, war von dem Schöffengericht zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt und wollte sich bei dem Urteil nicht beruhigen.

Durch Zeitungsannoncen gelang es ihm, eine große Zahl von Frauen in seine Netze zu locken, indem er ihnen die Heirat versprach. Er meldete sich aber auch auf Inserate, wenn Frauen entweder einen Mann oder ein Darlehen suchten. Die Ehedarstellungen übten immer ihre Wirkungen aus. Vorwiegend waren es ältere Witwen und bejahrte Frauen, auf die Koppenhagen es abgesehen hatte. Seine erste Frage war immer nach dem Vermögensstande, nach Effektenbesitz und Schmutz. Die leichtgläubigen Frauen ließen sich in der Erwartung der Ehe überreden, dem Angeklagten ihre Effekten, Sachwerte, Goldschmuck und Brillanten auszuhandeln. Er machte dann die Gegenstände zu Geld und ließ nichts weiter von sich hören. Auch mit einer Krankenschwester A. hatte er sich verlobt und sie in derselben Weise hineingelegt. Auf deren Anzeige wurde er wegen Betrugs angeklagt. Es war dem Gericht gelungen, die umfangreiche Liebestorrespondenz, die der Angeklagte mit sehr vielen Frauen geführt hatte, in die Hände zu bekommen. Die Briefe waren in der liebevollsten Form abgefaßt, sie enthielten die schwungvollsten Beteuerungen der Liebe und der Sehnsucht in den Armer der Geliebten zu weihen. Inzwischen erkundigte er sich dann immer nach dem Vermögen, den Schmuckstücken und Brillanten. So schrieb er an eine der Frauen: „Mein geliebtes Bebel! Unsere Herzen und Sinne sind unlöslich miteinander vereint. Bleibung mir stehen augenblicklich die flüssigen Mittel, um an unserem Zukunftshaus zu arbeiten. Geliebtes Herzensmädels, mache schnell etwas flüssig, ich kann es gewinnbringend anlegen.“ In diesem Tone waren fast alle Briefe abgefaßt. Der Angeklagte mußte zugeden, daß er diese Briefe geschrieben habe, blieb aber dabei, daß er ernste Heiratsabsichten gehabt hätte. Landgerichtsdirektor Duff hielt ihm vor, daß man nicht auf einmal doch nicht heiraten könne und fragte ihn, ob er zwei lieber die Berufung zurücknehmen möchte. Der Angeklagte wollte sich aber auch jetzt nicht zurechtfinden und verlangte seine Freisprechung, weil er „unschuldig“ sei. Die Berufungsstrafkammer war der Meinung, daß das Urteil des Vorrichters, das kaum über das Mindestmaß für Betrug im Rückfall hinausgeht, schon die Minderwertigkeit des Angeklagten im reichlichsten Maße berücksichtigt habe und tam daher zu einer Bestätigung der Strafe von 4 Monaten.

Ungewöhnlich hohe Telefongebühren.

Während der Inflationszeit haben sämtliche staatliche Behörden ein bemerkenswertes und leider auch verhängnisvolles Ungeheiß gezeitigt, sich in ihren Gebühren für den Geldwertverlust anzupassen. Das soll jetzt offenbar nachgeholt werden. Besonders schneidig scheint die Post vorgehen zu wollen. Nachdem sie sich, wie wir aus einem Einzelfall beim Amt Wilhelm entnehmen, nicht weniger als vier Monate mit dem Einzug der Telefongebühren in Zeit gelassen hat, verlangt sie jetzt plötzlich für die vier Monate April—Juni 300 M. Telefongebühren. Der Anschluß steht sich aus einem Hauptanschluß, einem kleinen Geschäftsmann und drei Nebenanschlüssen zusammen, so daß ein jeder im Monatsdurchschnitt für zirka 20 M. telefoniert haben soll. 300 M. Gebühren bedeutet 2000 Gespräche. Es wird uns berichtet, daß auf Grund genauer Kontrolle kaum zwei Drittel dieser Gespräche geführt worden sind. Kuls schärft es jedenfalls zu verurteilen, daß sich die Post die Summe gelistet, vier Monate mit dem Einzug zu warten. Und wie will sie nachweisen, daß der Gesprächsumfang diese den Konsumenten vollkommen unverständliche Höhe erreicht hat? Uebrigens kommen Klagen auch aus anderen Konsumentenkreisen, die einseitig sind über die Höhe der Gebühren.

Damit die Einzahlungen der Berliner Fernsprechnehmer auf die ihnen zugewandten Fernsprechrechnungen so schnell wie möglich ausgeführt werden können, sind vom 1. August ab die Fernsprechgebühren zu entrichten: a) durch Voreinzahlung mit Guthriftgittel nur beim Anschlußort oder bei dem in der Fernsprechrechnung besonders bezeichneten Postamt, b) durch Postchecküberweisung auf das Postcheckkonto des Anschlußamts, dessen Postcheckkontonummer aus der Fernsprechrechnung ersichtlich ist, oder c) durch Begleichung mit Zahlkarte auf das unter b) bezeichnete Postcheckkonto. Die Auflieferung der Zahlkarte kann bei jedem Postamt erfolgen. Die genaue Angabe der Fernsprechermittlungsstelle und der Anschlußnummer des Fernsprechnehmers ist in allen Fällen zur pünktlichen und richtigen Verrechnung der Fernsprechgebühren unbedingt erforderlich.

Der Verbrecher im Busch.

Eine aufregende Verbrecherjagd gab es heute früh in Schöneberg. Die Kriminalpolizei war einem 36 Jahre alten Paul Koch aus Lübbede, der nach 7 Jahre Zuchthaus zu verurteilt hat, deshalb schon über 6 Jahre und neuerdings wieder wegen Raubmordes gefaßt wurde, auf die Spur gekommen. Sie ermittelte endlich, daß er sich bei seiner Geliebten in der Rainer Straße versteckt hielt. Heute früh kurz nach 4 Uhr beobachtete sich die Kriminalassistentin Köster und Erdmann in die Wohnung, um ihn festzunehmen. Koch entließ durch eine zweite Tür. Die Beamten verfolgten ihn mit einem Schützermantel, der gerade vorbeilief, und gaben mehrere Schüsse auf ihn ab, weil er auf Anruf nicht stehen blieb. Koch trat auf dem Warburgplatz in ein Gebüsch und schloß sich aus diesem heraus auf die Berolger, die das Feuer erwiderten. Alle Schüsse gingen fehl. Als der Verfolgte plötzlich aus dem Gebüsch heraussprang, um die Flucht wieder aufzunehmen, stolperte er über die eiserne Einfassung, kam zu Fall, wurde jetzt festgenommen und nach der Wache gebracht.

Beim Getwehrreinen erschossen.

Heute mittag war der zwanzigjährige Postausstatter Otto Köhler in seiner Wohnung im Hause Gebeistr. 3 in Bismarckstraße mit dem Reinigen eines Jagdgewehrs beschäftigt. Während löste sich ein Schuß, und die Kugel durchbohrte ihm die rechte Hand; dann drang sie dem neben Köhler stehenden Stiefbruder, dem vierjährigen Günter Göbel, in den Mund und tötete das Kind auf der Stelle.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postaufgabe bei.

Ein Berliner Schupowachsmesser erschossen aufgefunden. In Weidenich wurde der aus Berlin dort wohnende Schupowachsmesser Eißler tot aufgefunden. Ein Schuß hatte das Herz durchbohrt. Neben der Leiche wurde ein Dienstrevolver gefunden, aus dem der tödliche Schuß abgefeuert worden war.

Ein Ehepaar als 51 fache Mörder.

Die Deffenlichkeit in Deutschland kann vor der Tatsache, daß Haarmann ungefähr 20 Menschen töten und beseitigen schaffte konnte, nicht zur Ruhe kommen. Nun stellt es sich heraus, daß diese grauenregenden Blutaten doch noch überboten werden können. Wie die Lodger „Freie Presse“ mitteilt, ist in Grodno ein Ehepaar Stanislav und Germanida Zbonaki verhaftet worden, das in der Unternehmung gelang, 51 Personen hinterlistig ermordet zu haben. Zbonaki, der aus Warschau stammt und Schuhmacher von Beruf ist, ist erst 28 Jahre, die Frau ist 22 Jahre alt. Auf Antisten und mit Hilfe der Germanida ermordete er ihren Mann Synjawicz, während dieser unter einem Strohhut auf dem Felde schlief. Das war der erste Mord Zbonakis. Ebenso wie dieser wurden alle übrigen 50 Morde aus dem Hinterhalt und nach einem vorher genau

zurechtgelegten Plan, teils durch Messer und Revolver, teils durch Erbrochlung verübt. Der Ort dieser grauenregenden Taten war die Landstraße, und sehr oft auch die Wohnung der Ermordeten.

Ein Auto mit 30 Personen unter einem Zug. Nach einer Meldung aus Toledo im Staate Ohio ist dort bei einem Bahnübergang ein Gesellschaftsautomobil unter einen Zug geraten. 12 Insassen des Automobils wurden getötet, 18 mehr oder weniger schwer verletzt.

Lobesurteil gegen einen russischen Industriellen. Aus offizieller bolschewistischer Quelle wird berichtet, daß der Mühlenbesitzer Martens aus dem Dorfe Alexandrowo des Gouvernements Omsk zum Tode durch Erschießen verurteilt worden ist. Der Verurteilte hatte im März 1922 die ihm früher gehörende, von der Sowjetregierung nationalisierte Mühle gepachtet und soll 20 000 Rub. Weizen, die ihm vom Staat zum Vermahlen übergeben waren, unterschlagen haben.

Ein neuer Flugzeug-Typus. Ein neuer Flugzeug-Typus, von der finnländische Ingenieur Berger erfunden hat, ist von den zuständigen Behörden mit bestem Resultat geprüft worden. Wie der Ost-Express mitteilt, erhält dieses Flugzeug den Namen J. V. C. 24. Weitere Maschinen dieses Typs sollen gebaut werden.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Abendungen für diese Rubrik sind Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3. Nicht an das Regiersekretariat, 2. Hof, 3. Temp. rechts, zu richten.

Gewerkschaftsbewegung

Angestelltenabbau bei den Behörden.

Sowohl der Abgeordnete der Deutschen Volkspartei Marath als auch der Abgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei Schmidt-Stettin haben in den letzten Reichstagsverhandlungen dem rücksichtslosen Abbau der Angestellten bei den Behörden das Wort geredet. Diese Forderungen lassen aber vollkommen unberücksichtigt, daß die Angestellten bei den Behörden ohnehin von den seit Oktober vorigen Jahres durchgeführten verschärften Abbaumaßnahmen der Reichsregierung in weitaus höherem Maße erfaßt worden sind als die Beamten. Nicht genug damit, daß interessierte Kreise schon seit Jahren Angehörige, die nicht erst seit dem Krieg ihre Existenz bei den Behörden gefunden haben, in größtmöglicher Umfange zur Entlassung gebracht haben und die Durchführung der Personalabbauverordnung in dieser Beziehung den Wünschen von Dienststellen und Beamten besonders weit entgegengekommen ist, sollen also nunmehr auch noch die verhältnismäßig wenigen Angestellten, welche die Behörden noch aufzuweisen haben, bravour gemacht werden.

Die Befürworter solch rücksichtslosen Vorgehens übersehen offensichtlich, daß jetzt eigentlich nur noch ältere, seit vielen Jahren, zum Teil seit Jahrzehnten im Behördendienst stehende Angestellte von der Erfüllung ihrer Forderungen betroffen sein würden. Wie schwer es gerade Behördenangestellten, die in ihrer Betätigung einseitig ganz und gar auf die Eigenart des behördlichen Dienstbetriebes eingestellt sind, schon in normalen Zeiten wird, anderweit, insbesondere auch in der Privatindustrie unterzukommen, scheint weder den Herren Marath und Schmidt noch ihren Anhängern bekannt zu sein. In gegenwärtiger Zeit, wo die gesamte Wirtschaftslage in der Krise steht und die Lage auf dem Arbeitsmarkt für Angestellte gerade katastrophal ist, finden solche langjährigen Behördenangestellten überhaupt nicht wieder Unterkommen und Verdienst, so daß sie und ihre Familien einer trostlosen Zukunft entgegengehen und dem Glend preisgegeben werden. Das scheint den Marath, Schmidt und Genossen aber gleichgültig zu sein. Daß sie die Folgen ihres Vorgehens im Falle der Notwendigkeit der Reichsregierung nicht abzuwehren vermögen, werden sie doch wohl niemand einreden wollen.

Berücksichtigt man, daß sich die rücksichtslosen Abbaumaßnahmen auch auf die Angestellten bei den Behörden im besetzten Gebiet bereits in erschütternder Weise bemerkbar gemacht haben und nach dem Verlangen der genannten Reichstagsabgeordneten geradezu zur Katastrophe auswachsen würden, so wird man erlauben können, daß die Angestellten bei den Behörden auf die eingangs bezeichneten Verhandlungen im Reichstags mit stürmischen und nachdrücklichsten Entrüstungsbewegungen antworten. Dem Zentralverband der Angestellten als der berechtigten Vertretung der Angestellten bei den Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden gehen fortgesetzt Proteste und Forderungen aus Angestelltenkreisen zu, welche von der vorerwähnten Stimmung der in der Sorge um ihre Existenz ängstlichen Behördenangestellten erschütternden Ausdruck geben. Die Verantwortung, welche Reichsregierung und Reichstag in dieser Beziehung tragen, ist ungeheuer groß. Es wäre unverantwortlich, wenn diese maßgebenden Stellen nur einseitig Rücksicht nehmen, sonst aber auch noch die letzten im Angestelltenverhältnis bei Behörden beschäftigten Personen um ihre Erwerbsequelle bringen. Das läge auch sicher nicht im Interesse des Publikums und einer schnellen und ergatten Ausführung aller Arbeiten.

Die Lohnbewegung der Musikinstrumentenarbeiter.

Abgelehnter Schiedspruch.

In einer überfüllten Versammlung der im Holzarbeiterverband organisierten Musikinstrumentenarbeiter berichtete Wagens für über die Lohnverhandlungen. Die Ortsverwaltung erhielt vom Arbeitsgeberverband am 7. Juli ein Schreiben, in dem mitgeteilt wurde, daß die Unternehmer den seit dem 14. Mai bestehenden Lohnarif kündigen. Sie forderten eine Herabsetzung des Lohnes von 51 Pf. auf 68 Pf. In den Beratungen am 10. Juli gab die Verhandlungskommission den Arbeitgebern in aller Deutlichkeit zu verstehen, daß ein Lohnabbau auf keinen Fall in Frage kommen kann. An eine Verständigung war nicht zu denken. So wurde nun ein Vorschlag des Gewerbedeputierten Kärner angenommen, welcher festlegt, daß vor dem Reichsberufungsministerium in einer Kammer mit je zwei Beisitzern der Parteien und drei unparteiischen Vorsitzenden erneut ein Weg zur Einigung erzielt werden soll. Der eventuelle Schiedspruch bekommt erst dann bindende Kraft, wenn die Stimmen der drei Vorsitzenden mit den beiden Stimmen der einen und einer Stimme der anderen Gruppe zusammenstimmen.

So wurde dann die Lohnfrage vor der Kammer am Dienstag wieder aufgerollt. Hier erklärten die Herren Unternehmer, daß sie nicht mehr ihre Schulden bezahlen können, sie wählten ferner nicht, woher sie das Geld zu den Löhnen nehmen wollten. Aus Konkurrenzgründen könnten sie daher nicht mehr als 68 Pf. Stundenlohn zahlen. Im übrigen seien ja die Warenpreise stark gefallen, so daß in Wirklichkeit ein Lohnabbau die Reallohn nicht sehr berühren würde. Bemerkenswert ist ihre Betonung, daß eigentlich eine schlechte Konjunktur ja gar nicht herrsche. (Zurzeit sind in Groß-Berlin nur zirka 200 Arbeitslose zu verzeichnen.) Der Arbeitsgebernvertreter, Herr Riese, erklärte sich, zu behaupten, die Organisationsvertreter handeln „gewissenlos“. Nach mehrstündiger Beratung wurde folgender Schiedspruch gefaßt:

„Es verbleibt bei den bisherigen Lohnhöhen. Sofern in einzelnen Betrieben höhere Löhne gezahlt werden, tritt für je

1 Pf. über die Tarifhöhe ein Abschlag von 0,4 Proz. ein. Eine entsprechende Minderung tritt bei den Akkorddurchschnittsverdiensten ein, die mehr als 15 Proz. über dem Tariflohn liegen."

Das Abkommen soll bis einschließlich der dritten Lohnwoche im August laufen. Ueber die 0,4 Proz. herrschen zwischen den Parteien Meinungsverschiedenheiten. Die Arbeitnehmersprecher standen auf dem Standpunkt, daß nur die Ueberverdienste für den Abzug in Frage kommen. Die Verlesung des Schiedspruches wurde von der Versammlung mit stürmischer Entrüstung begleitet. In der Diskussion sprachen alle Redner gegen das Unternehmeransehen und betonten, daß der Tariflohn, der seit dem 14. Mai besteht, auf keinen Fall abgebaut werden darf. Die Versammlung nahm folgende Entschliessung an: „Die heutige Versammlung der Musikinstrumenten-

arbeiter und -arbeiterinnen erhebt gegen das Unternehmerdiktat scharfsten Protest und sieht in dem Schiedspruch einen ausgesprochenen Unternehmerdienst. Die Versammlung ist gewillt, wenn die Organisation ruft, sofort in den Kampf zu treten."

Streik im Kölner Bauarbeitergewerbe.

Köln, 25. Juli. (U.) Das Bezirkslohnamt in Düsseldorf fällt in der Lohnbewegung der Kölner Bauarbeiter nach langen Beratungen einen Schiedspruch, der von den Bauarbeitern abgelehnt wurde. Diese haben in einer großen Versammlung beschloffen, in den Streik einzutreten. Seit gestern streiken die Arbeiter ebenfalls wegen Lohnstreitigkeiten.

Die Krise in Oberschlesien.

Königsbütte, 25. Juli. (U.S.) In der ober-schlesischen Krise ist eine weitere Verschärfung nicht eingetreten. Die Verhandlungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter mit der Regierungskommission sind gestern gescheitert. Sie werden voraussichtlich heute wieder aufgenommen werden.

Zentralverband der Steinarbeiter. Sonntag, normiertags 10 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelsplatz 25, Coal 1, eine kombinierte Versammlung der Steinleger und Bruchsteineyer statt.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Kurt Salernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Freileitung: Dr. John Schittowski; Leseverein und Geselligkeit: Walter Trojan; Angelegenheiten: Familie in Berlin; Besatz: Normkreis-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Normkreis-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin G. B., Lindenstraße 2.

SONDERANGEBOTE

Verkauft nur soweit Vorrat

Mengenabgabe vorbehalten

Schuhwaren

- Stoffniedertreter für Damen, mit Kordelschleife, in schönen Farben 1³⁵
- Lederschlüpfer für Damen, schwarz, mit grossem Pompon 3²⁵
- Leinen-Schnürschuhe weiss, moderne, spitze Form, brauner Absatz 3²⁵

Lederwaren

- Eleganter Lackgürtel 2farbig, gezeichnet 75^{Pf.}
- Isolierflasche 1/2 Liter Inhalt 85^{Pf.}
- Kinder-Rucksäcke mit Lederriemen, aus bestem Segelleinen 2²⁵
- Transportrucksack gross, mit besten Gurten 45^{Pf.}
- Coupékoffer 55 cm 60 cm 65 cm mit Segeltuch bezogen, 2 Bängel, Patentverschluss 9⁰⁰ 9⁷⁵ 10⁵⁰
- Coupékoffer 55 cm 60 cm 65 cm Segeltuch bezogen, 2 Bängel, Patentverschluss, mit Einsatz 11⁵⁰ 12⁵⁰ 13⁵⁰
- Einrichtungskoffer Rindleder, 50 cm, Einrichtung bestehend aus 12 Teilen 24⁵⁰

- Foulardine doppeltbreit Meter 1⁹⁵
- Baumw.-Musseline gute Qualität, mod. Muster Meter 75,95^{Pf.}
- Crepon bedruckt, Phantasiemuster Meter 85^{Pf.}
- Seidenbatist doppeltbreit, einfarbig Meter 1²⁵
- Jacquard einfarbiger Kleiderstoff mit Kunstseide, doppeltbreit Meter 1²⁵
- Sportflanell in guter, waschbarer Qualität Meter 2⁹⁰
- Kammgarnstreifen reine Wolle, modern, doppeltbreit Meter 5⁹⁰

Waschkleider für Mädchen 2⁵⁰ 3⁰⁰ 3⁵⁰ 4⁰⁰
hübsche Macharten, in vielen Mustern Länge 45-55 60-70 75-85 90-100

- Spielhosen für Knaben und Mädchen 1⁷⁵
- Damen-Röcke aus weichen haltbaren Stoffen 1⁹⁰ 2⁹⁰
- Blusen aus Vollwollstoffen in verschiedenen Macharten 2⁷⁵ 4⁷⁵ 6⁷⁵
- Damen-Kleider aus Baumwollmusseline, dunkelgenüstert 3⁹⁰
- Unterkleider aus Kunstseidentrikot 8⁹⁰

Gerstenkornhandtücher 1¹⁰ **Nessellaken** 3⁷⁵
rein Leinen, mit Hobfaden gute Qualität, ohne Naht

Strumpfwaren

- Damen-Strümpfe Baumwolle gewebt, mit Doppelschleife, schwarz und ledertartig 1¹⁰
- Damen-Strümpfe Seidenfaser, schwarz und moderne Farben 1⁹⁵
- Herren-Socken Baumwolle gewebt, schwarz und farbig 75^{Pf.}

Trikotagen

- Herren-Hemden weiss, mit farbigen Einsteckern 2²⁵
- Hemden und Hosen für Herren makofarbig 2²⁵
- Schlupfbeckkleider für Damen Baumwolle, farbig 1³⁵

Künstlerdecken 1⁹⁵
Blumenmuster 80x85 cm

Damen-Wollhut 1⁹⁰
moderne Form

Herren-Filzhut 3⁷⁵
moderne Formen und Farben

HERMANN Frankfurter Allee 119

Sporthemd 3²⁵
mit einem losen Kragen

Spazierstock 2²⁵
Mainkarol

SECHS ULTIMO-TAGE

Unsere Juli-Ultimo-Tage von Freitag, dem 25. Juli, bis Donnerstag, den 31. Juli bringen Ihnen außergewöhnliche Vorteile! Machen Sie von diesen Angeboten weitestgehenden Gebrauch!

Wirtschafts-Artikel

- 1 Waschbrett mit starker Zink-einlage 1²⁵
- 1 Wandschoner 1⁰⁵
- 1 Konsole s.s.s. 1⁰⁵
- 1 Brotschn.-Masch. Martha 7.60 5⁵⁰
- 1 Kasserolle emailliert, mit Deckel, 20 cm 95^{Pf.}
- 1 Nachtgeschirr emailliert, weiss, 20 cm 95^{Pf.}
- 3 Paar Tassen mit Deker 95^{Pf.}
- 1 Satz Milchtöpfe mit Deker 1²⁵
- 5 Eßteller prima Steingut 1²⁵
- 6 Teegläser 75^{Pf.}
- Einkochgläser „Monopol“ m. Ring 1/2 1 1 1/2 3 Ltr. 40 Pf. 45 Pf. 50 Pf. 55 Pf. 60 Pf.
- Toilette-Seife prima 80 Stk 10 Pf.

Kleiderstoffe

- Baumwoll-Musselin Meter 78^{Pf.}
- Zephir für Oberhemden Meter 78^{Pf.}
- Frotté verschiedene Streifen Mtr. 1.78 1⁴⁵
- Moderne Rockstreifen Meter 2⁹⁰
- Wollmusselin eleg. Streifen Meter 3⁷⁵
- Donegal 140 cm breit, Meter 1⁰⁸

Leinen- u. Baumwollwaren

- Deckbett-Bezüge fertige, weiss, 80x120 4⁹⁰
- Fertige Kopfkissen 80x120 1²⁵
- Fertige Bettlaken 2 m lang, ohne Naht, 1 Stück 2⁹⁵
- Renforcé für Leibwäsche Meter 78^{Pf.}
- Louisianatuch 120 cm breit, Meter 1⁴⁵
- Louisianatuch 80 cm breit, Meter 98^{Pf.}

Damen - Wasch - Kleider

Musselin, Voile, Frotté, in vielen Ausführungen

- 19⁵⁰ 12⁷⁵ 9⁷⁵ 7⁹⁰ 3⁹⁵

Voll-Voile - Blusen

- 11⁵⁰ 9⁷⁵ 6⁸⁰ 5⁷⁵ 4⁹⁵

Prima Hemden - Blusen

- in Zephir Perkal 5⁷⁵ 4⁹⁵ 3⁹⁵

Trikot - Seiden - Jumper

- in den neuesten Ausführungen 12⁵⁰ 9⁷⁵ 8⁹⁰ 7⁹⁰

Damen-Mäntel

in Donegal, Covercoat, Tuch, nur in 1 Qualität

- 36⁰⁰ 27⁰⁰ 19⁵⁰ 16⁵⁰ 9⁷⁵ 7⁷⁵

Sport- u. Reise-Kostüme

weit unter Preis in vielen Größen

- 29⁵⁰ 19⁵⁰ 14⁵⁰ 11⁵⁰

Kostüm-Röcke

in vielen Farben-Zusammensetzungen

- 9⁹⁰ 4⁹⁵ 3⁸⁵ 2⁹⁵ 1⁹⁵

Kinder - Kleider

in gezeichneten Stoffen, bis Länge 65

- 2⁹⁵ jede weitere Größe 50 Pf. mehr.

Bedeutend sind unsere Preise in Schuhwaren herabgesetzt

Spangen-Schuh Roß - Chev.

Serie V Serie IV Serie III Serie II Serie I

- 9⁷⁵ 8⁵⁰ 7⁹⁰ 6⁵⁰ 5⁹⁰

Leinen-Schuhe weiss u. farbig

Nur solange Vorrat! Serie III Serie II Serie I

- 5⁹⁰ 4⁹⁰ 2⁹⁵

Kinder-Stiefel

Rad-Chevrosé, schwarz, ohne Flock, Größe 4-5

- 14-31 1⁹⁵

Agraffen-Stiefel

Rindbox, M-35 37-40

- 7⁵⁰ 6⁹⁰

Rindbox - Herren-Stiefel

in schwarz, Größe 40-45

- Nur soweit Vorrat! Jetzt nur 9⁷⁵

Trikotagen

- Mako-Hemden od. Hosen 1⁹⁵
- Einsatz-Hemden mit Pique-Einsatz 3⁹⁵
- Mako-Hemden weiss 2³⁵
- Damen-Schlüpfer marocziert 1²⁵

Strümpfe

- Herren-Socken in Baumwolle, grau, Paar 38^{Pf.}
- Herren-Socken in Baumwolle, grau, Paar 65^{Pf.}
- Damen-Strümpfe mit dopp. Ferse u. Spitze, farb., Paar 45^{Pf.}
- Dam.-Seidenfl.-Strümpfe farbige Spitze 1⁴⁵

Wilhelm Stein

Berlin N, Chausseestraße 70-71

Herren-Artikel

- Oberhemden farbig, Perkal und Zephir, m. 2 Kragen 5⁰⁵
- Oberhemden-Ersatz m. Kragen, farbig 1⁴⁵
- Sport-Serviteurs farbig 85^{Pf.}
- Schiller-Serviteurs weiss und farbig, Stück 95^{Pf.}
- Strickbinder mod. Streifen, Stück 25^{Pf.}
- Gummi-Hosenträger f. Herren Paar 45^{Pf.}

Weißwaren

- Jabot Tüll mit Spitze 95^{Pf.}
- Kragen im Spachtel, runde Form 95^{Pf.}
- Klöppelspitze 5 cm breit, Meter 12^{Pf.}
- Stickereivolant f. Unterröcke, Mtr. 78^{Pf.}

Quadrat

30/35, verschied. Zeichnungen, 1 Stück 38^{Pf.}

Taschentuch

Beibüler, weißer Stoff, versch. Zeichn. 38^{Pf.}

Kissenstreifen

feiner Stoff, verschied. Zeichn. 38^{Pf.}

Kissen

grau Leinen, verschiedene Zeichnungen 1³⁵

Möbelstoffe, Gardinen

Diwanddecken gute Phantastergewebe 11⁷⁵

Leinentischdecken reich karbiert 4⁷⁵

Läuferstoff 25 cm breit, haltb. Qual. Tapestry-Gewebe 1⁶⁵

Stores guter Erbschiff, mit apparier. reichlicher Bandgaspernung 2⁴⁵

Wäsche

Untertailen mit Stickerei 1⁴⁵ 95^{Pf.}

Prinzeß-Kinderröcke mit reich. Stick 95^{Pf.}

Damen-Hemden u. Bekleider, prima Qualität 2⁴⁵

Maschinen-Garn schwarz - weiss, 1000-Meter-Holle 39^{Pf.}

Gummi-Aermelschoner Paar 95^{Pf.}

Taschentücher für Damen, 1. Dattier m. Hobfaden, 1. Stück 15^{Pf.}

Taschentücher für Damen u. Herren, in Leinen, weiss, Stück 28^{Pf.}